

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GFL/EVP (Erik Mozsa/Verena Furrer, GFL) vom 07. Juni 2007: Wohnbauplanung Mutachstrasse bis Ende 2008 (Ende der Legislatur) abschliessen (07.000195)

In der Stadtratssitzung vom 21. August 2008 wurde die Motion Fraktion GFL/EVP in ein Postulat umgewandelt und als solches erheblich erklärt:

Die Wohnbautätigkeit in der Stadt Bern stagniert. Im letzten Jahr entstanden gemäss Abteilung Stadtentwicklung 26 Wohnungen mehr, als durch Zusammenlegungen, Umnutzungen, Abbrüche etc. verloren gingen. Zwar konnte die Abnahme der Wohnbevölkerung in der Stadt in letzter Zeit gebremst werden, doch nach wie vor benötigt die Stadt mehr Wohnungen, um neue EinwohnerInnen anzuziehen und damit SteuerzahlerInnen zu generieren.

Bestrebungen sind allenthalben vorhanden, um eine Trendwende einzuleiten. Verschiedene Planungen werden in Bälde realisiert, in Brünnen entsteht ein neues Quartier. Auch auf der konzeptionellen Ebene wird einiges gemacht. So äusserte der Gemeinderat in den Legislaturrichtlinien Zielvorgaben, um mehr EinwohnerInnen in die Stadt zu locken: Bis 2008 sollen 1600 neue Wohnungen bezugbereit und die planerischen Grundlagen für 1000 weitere Wohneinheiten vorliegen.

Überdies formulierte die überparteiliche Gruppe „Wohnen“ aus SP/GFL und FDP in einer Motion einst für Bern als Ziel eine Einwohnerzahl von 145000 Personen für das Jahr 2013. Die heutige Entwicklung ist davon, trotz den verschiedenen Planungen, meilenweit entfernt. Deshalb kann die gegenwärtige Lage als unbefriedigend bezeichnet werden. Bedauerlicherweise haben einige Wohnbauplanungen in der Vergangenheit Schiffbruch erlitten oder wurden nicht weitergeführt. Hierzu zählt insbesondere die Überbauung an der Mutachstrasse. Heute stehen auf diesem Areal Familiengärten, es eignet sich indes vorzüglich für Wohnungsbau. In der Antwort auf die Interpellation Balmer/Müller FDP (neues Wohnen in Bern – wie weiter?) vom 14.6.2006 hält der Gemeinderat fest, dass diese Planung, die eine Teilnutzung des Areals für Wohnungen vorsieht, wegen diverser Einsprachen vorerst sistiert wurde. Diese Sistierung überzeugt nicht, denn Einsprachen sind noch nicht die Meinung des Souveräns der Stadt Bern. An der Mutachstrasse wäre der Bau einer verdichteten Siedlung mit 75 Wohnungen möglich, bei gleichzeitigem Teilerhalt von Grünflächen. Da eine autofreie Siedlung den Erhalt von Grünflächen wohl besser sichern könnte als andere Lösungen, ist eine solche anzustreben.

Deshalb fordert die Fraktion GFL/EVP den Gemeinderat auf:

1. Den Nutzungszonenplan Mutachstrasse unverzüglich wieder aufzunehmen und ihn dem Stadtrat bis spätestens Ende dieser Legislatur (2008) vorzulegen.
2. Dort eine autofreie Siedlung analog der Ex-Planung Viererfeld zu erstellen.

Bern, 7. Juni 2007

Motion Fraktion GFL/EVP (Erik Mozsa/Verena Furrer-Lehmann, GFL), Susanne Elsener, Peter Künzler, Conradin Conzetti, Rania Bahnan Buechi, Martin Trachsel, Nadia Omar, Ueli Stüchelberger, Anna Magdalena Linder

Bericht des Gemeinderats

Zu Punkt 1:

Die Planung Holligen, bestehend aus Zonenplan und Überbauungsordnung, wird im März 2011 dem Stadtrat unterbreitet. Der Zonenplan soll daraufhin den Stimmberechtigten am 15. Mai 2011 vorgelegt werden. Anschliessend an die Abstimmung wird in Zusammenarbeit von Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik und Stadtplanungsamt Bern ein qualitätssicherndes Verfahren für die Realisierung der Wohnbauplanung Areal Mutachstrasse durchgeführt. Punkt 1 des Postulats ist erfüllt.

Zu Punkt 2:

Für die Wohnbauplanung Areal Mutachstrasse steht die Realisierung einer einfachen, kostengünstigen Wohnsiedlung im Vordergrund. Das Standortpotenzial der heutigen Tieflage des Areals ermöglicht ohne grossen Aufwand und Kosten die Erstellung einer Einstellhalle. Die im Zusammenhang mit der Planung Holligen durchgeführte Studie Verkehr und Lärm zeigt zusätzlich auf, dass die heutige Situation mit der Wohnbauplanung und der damit verbundenen Pflicht zur Erstellung von Abstellplätzen nicht verschlechtert wird. In nur kurzer Entfernung wird mit dem Pilotprojekt Stöckacker Süd eine autofreie Siedlung realisiert. Ein Verzicht auf die Einstellhalle würde das Projekt verteuern, da wie zum Beispiel im Projekt Stöckacker Süd eine Regelung zur Vorfinanzierung getroffen werden müsste, so dass eine spätere Realisierung einer Einstellhalle möglich ist.

Bern, 19. Januar 2011

Der Gemeinderat